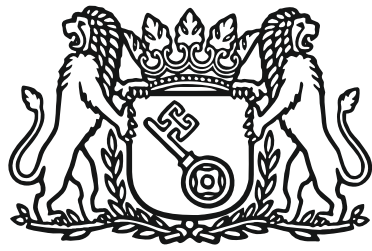




DIE ZEIT



Das neue Heft. Jetzt im Handel! Weitere Informationen unter www.zeit.de



PREIS DEUTSCHLAND 4,90 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

9. MÄRZ 2017 N° 11



»Ich bin Sünder und bin fehlbar«

Ein ZEIT-Gespräch mit Papst Franziskus

DOSSIER

Theofoto (M): Stefano Spaziani

48 Seiten extra Reise-Magazin



Auf der Suche nach dem Paradies
Adam und Eva auf den Bahamas; eine Reise an den Euphrat zum Garten Eden – und vieles mehr



Jetzt neu bei Z:
Die Serie »Unter Deutschen«. Eine Omelettschule. Und Leser erzählen aus dem wahren Leben

DIE AfD UND DIE NAZIZEIT

Adolf reloaded

Björn Höcke versucht, Hitler in ein positiveres Licht zu rücken. Das ist kein Aussetzer, sondern Kalkül **VON MATTHIAS GEIS**

Gruseliger noch als die rechtsradikalen Positionen, die der AfD-Politiker Björn Höcke vertritt, ist die Atmosphäre der Veranstaltungen, bei denen er sie unter die Leute bringt. Die dramatische Intonation, mit der er den Niedergang des deutschen Volkes beschwört und sein frenetisches Publikum zum Widerstand aufruft, lassen fast zwangsläufig Vergleiche mit der späten Weimarer Republik aufkommen. Wer bislang vermutet hat, bei derlei Assoziationen handele es sich um Überempfindlichkeiten einer AfD-feindlichen Öffentlichkeit, sollte die jüngsten Äußerungen Höckes auf sich wirken lassen.

Am Rande der Veranstaltung, auf der er kürzlich seine Verachtung für die deutsche Erinnerungskultur zum Ausdruck brachte, erläuterte er dem Korrespondenten des *Wall Street Journal* seine eigentliche Botschaft: »Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt. Wir wissen aber natürlich, dass es in der Geschichte kein Schwarz und Weiß gibt.« Höcke wünscht sich ein differenzierteres Geschichtsbild, in dem auch die weniger bösen Seiten des Führers gewürdigt werden dürfen. Und er ist sich sicher, dass es dazu kommen wird. Denn wenn erst »die letzten Überlebenden« gestorben seien, werde das »zu einer neuen Sicht auf die Dinge führen«. Bei allem wendigen, relativierenden Gerede, mit dem der Provokateur seine Tabubrüche nachbearbeitet, ist damit hinlänglich klar: Der Mann plädiert für einen positiveren Umgang mit Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus. Nur die letzten Überlebenden stören noch.

Die AfD träumt von einem Nationalstolz, der nicht an der Vergangenheit krankt

Die Beschwichtigungen, mit denen die AfD-Spitze auf diesen jüngsten Coup des Thüringers reagieren wird, sind absehbar: Höcke widerspricht mit seinen Positionen der Parteilinie, weshalb ihm in einem bereits laufenden Schiedsverfahren der Ausschluss droht. Und den betreibt bekanntlich Frauke Petry persönlich. Doch wer glaubt, die AfD-Vorsitzende versuche, ihre Partei gegen revisionistische Verlockungen zu immunisieren, liegt falsch. Auch sie hat gerade auf dem Hambacher Schloss erwartungsvoll prognostiziert, eine künftige Geschichtsschreibung werde die Verantwortung für den

Zweiten Weltkrieg genauso revidieren, wie das schon beim Ersten Weltkrieg der Fall gewesen sei. Mag sein, dass die Parteichefin weniger inbrünstig als Höcke von der historischen Entschuldung der Deutschen träumt. Aber das sind graduelle Unterschiede. Dass Petry, Gauland, Poggenburg und andere Spitzenfunktionäre sich unentwegt am deutschen Geschichtsbild arbeiten, ist alles andere als ein Zufall. Es liegt ganz in der Logik ihres Selbstverständnisses.

Denn die AfD ist nicht einfach eine etwas rechtliche CDU, die für mehr Law and Order, weniger Flüchtlinge und weniger Europa eintritt. Was sie von den verachteten »Systemparteien« unterscheidet, ist ihre aggressive Sehnsucht nach einem ungetrübbten Blick auf die Nation und deren Geschichte. Während für alle anderen Parteien die Erinnerung an die Schrecken der NS-Zeit zu einem zentralen Element des nationalen Selbstverständnisses geworden ist, träumt die AfD von einem Nationalstolz, der nicht länger von der dunklen Seite der deutschen Vergangenheit irritiert wird.

Deshalb bleibt die Partei selbst so zwanghaft auf »die zwölf Jahre« fixiert, wie sie es ihren Gegnern immer unterstellt. Sie möchte die Deutschen von deren »Schuldkomplex« befreien. Doch weil Leute wie Höcke ahnen, dass ein »gesunder« Nationalismus – an den Schrecken des NS-Regimes vorbei – nicht zu haben ist, beginnen sie jetzt mit der Relativierung des Schreckens selbst. Im Historikerstreit der achtziger Jahre versuchten die Propagandisten der Relativierung, den Holocaust auf die kommunistische Bedrohung zurückzuführen; später sollte wenigstens die Wehrmacht von den Verbrechen des Regimes freigesprochen werden. Höcke regt nun an, auf Hitler selbst einen vorbehaltlosen Blick zu werfen. Was für ein groteskes Unterfangen.

Früher war der Geschichtsrevisionismus das Hobby einiger vesprengrer Akteure. Nun betreibt ihn eine Partei, die bald in den Bundestag einziehen will. Sie lebt wie alle Rechtspopulisten vom Tabubruch, dessen spektakulärste Variante in Deutschland das Spiel mit der NS-Vergangenheit ist. Aber es ist eben auch das gefährlichste. Wie tief dieses Tabu im bundesdeutschen Selbstverständnis verankert ist, erschließt sich gerade denen am wenigsten, die es beseitigen wollen. Daran könnte die AfD scheitern.

www.zeit.de/audio

TÜRKISCHE PROPAGANDA

Es fehlt am Willen

Die Bundesregierung kann Wahlkampfauftritte Erdogans verbieten. Die Verantwortung abwälzen darf sie nicht **VON HEINRICH WEFING**

Sicher ist im Streit um die Wahlkampfauftritte von türkischen Politikern in Deutschland nur eins: wie es nicht geht. So wie bisher nämlich. Dass sich die Republik in dieser heiklen Frage hinter Parkplätzen und Brandmeldern versteckt, dass die Bundesregierung die Entscheidung auf tapfere Bürgermeister und kommunale Polizeibehörden abwälzt, das ist nicht nur unsouverän und falsch. Es ist auch töricht. Denn es spielt – in beiden Ländern – bloß den Aufpeitschern und Zündern in die Hände, die Deutschland Feigheit und Doppelzüngigkeit vorwerfen, ein verkorkstes Verständnis von Demokratie und Freiheit.

Die Bundesregierung kann sich aber auch nicht länger hinter der Behauptung verschanzen, Recep Tayyip Erdoğan und seine Minister würden, wollten sie hierzulande auftreten, halt die Freiheiten des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen, das sei ihr gutes Recht und müsse eben ertragen werden, so schwer das auch manchem falle.

Für Erdoğan gelten bei uns die Rechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht

Schon richtig, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind eminent hohe Güter in Deutschland, zum Glück, und sie gelten sogar für die Feinde der Freiheit, solange die keine Straftaten begehen. Ganz im Gegensatz übrigens zur aktuellen Lage in der Türkei.

Nur für Erdoğan und seine Minister gelten diese Grundrechte eben nicht. So wenig wie für andere Spitzenpolitiker und Würdenträger fremder Staaten. Die nämlich sind keine Privatpersonen, wie zivil und leger sie auch immer unter ihren begeisterten Landsleuten in fremden Ländern auftreten mögen, sie sind vielmehr Amtsträger mit Hoheitsfunktion und unterliegen, wenn sie in andere Staaten einreisen wollen, besonderen Normen des Völkerrechts. Sehr knapp formuliert: Als Staatsgäste (mit offizieller Einladung) sind sie willkommen, als Politiker nicht. Einen Anspruch auf Einreise haben sie nicht, und schon gar keinen Anspruch, in Deutschland Wahlkampf zu machen.

Zumal der türkische Staatspräsident das auch wissen könnte. Kurz nach dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 untersagte die Stadt Köln die Zuschaltung Erdogans per Video auf

einer Kundgebung am Rheinufer. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte dieses Verbot, später auch das Bundesverfassungsgericht. Die Versammlungsfreiheit des Grundgesetzes, argumentierten die Richter in Münster, diene nicht dazu, ausländischen Staatsoberhäuptern eine Bühne zu geben.

Natürlich: Erdoğan und andere Politiker sind auch schon früher in Deutschland aufgetreten, um unter den Auslandstürken um Stimmen zu werben. Und ja, der damalige Präsidentschaftsbewerber Barack Obama hielt im Sommer 2007 ebenfalls eine Rede an der Siegessäule mitten in Berlin, die nicht nur 200.000 jubelnde Deutsche verzücken sollte, sondern vor allem potenzielle Wähler daheim in den Vereinigten Staaten.

Aber beide, Erdoğan wie Obama, taten dies mit stillschweigender Duldung oder ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung. Die kann nach diplomatischem Ermessen entscheiden, was sie zulässt und was nicht. Auch das ist im Völkerrecht klar geregelt. Und es ist durchaus ein gewichtiger Unterschied, ob Kandidaten sich um eine Präsidentschaft bewerben oder ob ein gewählter Präsident, der den türkischen Rechtsstaat bereits ausgehebelt hat, für eine Verfassung wirbt, die vollends autoritären Charakter hätte.

Es ist auch ein gewichtiger Unterschied, ob der Auftritt in einem Moment geplant ist, da ein deutscher Journalist in der Türkei in Untersuchungshaft sitzt, unter dem Regime des Ausnahmezustands. Es ist ein Unterschied, ob im Verhältnis der betroffenen Staaten mit Nazi-Vergleichen herumgeekelt wird. Und es ist ein Unterschied, ob die Gefahr droht, dass ein Auftritt Erdogans die Stimmung unter den Deutschen zu vergiften droht.

All das kann, all das muss die Bundesregierung erwägen, wenn sie darüber befindet, ob sie Erdoğan in Deutschland auftreten lässt. Am Ende ist dies keine juristische, sondern ausschließlich eine politische Entscheidung. Die Bundesregierung hat die juristischen Hebel, sie hat die diplomatische Handhabe, Wahlkampfauftritte türkischer Politiker zu unterbinden. Es fehlt ihr augenscheinlich nur der Wille.

Das ehrlich einzuräumen wäre das Mindeste, was Angela Merkel den Bürgern hierzulande schuldet. Und denen in der Türkei auch.

www.zeit.de/audio

Worin besteht der Schulz-Effekt?

Besuch an der Basis einer Partei, die ihr Glück nicht fassen kann **Politik, Seite 6**

PROMINENT IGNORIERT



Oben ohne

Die in *Vanity Fair* barbusig abgebildete Emma Watson hat auf die Kritik, sie verrate damit die feministische Sache, entgegnet: »I really don't know what my tits have to do with it.« Das fand auch Joachim Ringelnatz: »Es wechseln die Moden, / Aber der Hosensboden / Sitzt sinngemäß / Immer unterm Gesäß. / Bunt stimmt viel froher / Als beispielsweise Grau. / Aber viel sowiesoer / Reizt der Busen der Frau.« **GRN**

Kleine Fotos (v. o.): Carolin Sage für DZ; Photopress

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 49,00/FIN 7,50/N 66,00/E 6,10/
CAN 6,30/F 6,10/NL 5,30/
A 5,00/CH 7,30/I 6,10/GR 6,70/
B 5,30/P 6,30/L 5,30/H 2090,00

N°11

72. JAHRGANG C 7451 C

